

Die Reichsregierung... (Small text at top left)

Die wichtigsten Konzepte... (Small text at top right)

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Weiterführung der Besoldungsaktion

Forderungen des Deutschen Beamtenbundes

Von der Leitung des Deutschen Beamten-Bundes wird uns mitgeteilt: Der Vorstand des Deutschen Beamten-Bundes hat nach eingehender Erörterung...

des Deutschen Beamtenbundes, haben von den durch die Presse gegangenen neuen Besoldungslehren mit tiefster Unzufriedenheit Kenntnis genommen...

Die Sätze für die unteren Besoldungsgruppen stehen im Verhältnis zu den oberen Gruppen, sind völlig unzulänglich und ermöglichen den Beamten der unteren Gruppen nur ein Bestehen...

In Ortsklasse C beträgt die Erhöhung in Gruppe 3 noch nicht 5000 M., dagegen in den oberen Gruppen bis zu 55 000 M. Die Beamtenschaft vermag nicht einzusehen...

Die Beamtenschaft unterbreitet diese Entschlüsse der Reichsregierung in der bestimmten Erwartung, daß für die unteren Beamtengruppen in der neuen Besoldungsordnung mehr gesorgt wird...

Das ist die unverhüllte Ablehnung des mit den Spitzenverbänden vereinbarten Entwurfs. Stimmen aus dem Reich, die schon in großer Zahl vorliegen, zeigen, daß der Standpunkt der Beamten fast überall der gleiche ist wie in Berlin...

Die Beamten aber werden inzwischen rüsten müssen, denn wir möchten ihnen nicht empfehlen, sich auf den Reichstag zu verlassen.

Deutschlands Totengräber

Im Reichstag rebete man gestern über Salutanot und Steuerfragen, aber je länger man rebete, um so mehr stieg der Dollar, um so tiefer sank die Mark...

Die neue stürmische Aufwärtsbewegung des Dollars ist gestern zweifellos erheblich begünstigt worden durch den schamlosen Erpressungsversuch der deutschen Industriellen...

Was die Kreditaktion in dieser Beziehung noch zu wünschen übrig gelassen hat, das hat Helfferich, dieser Gelegenheitspolitiker, der, wie der Freiburger Professor Reit Valentin festgestellt hat, wider besseres Wissen und wider innerste Überzeugung handelt...

Helfferich, die Industriellen, die Bankleute glauben auf diesem Wege der Entente nachweisen zu können, daß Deutschland nichts zahlen könne. Dadurch aber, daß sie, wie Helfferich offen erklärt hat, erkranken, daß der Erfüllungspolitik ein Ende gemacht und die Politik des nationalen Widerstandes organisiert werde...

Gegenüber einem solchen Angriff auf die Regierung und ihre Politik hätte man eine klare Antwort der Regierung erwarten müssen. Aber Herr Hermes, jene personifizierte Unzulänglichkeit...

Der Sieg der Schwerindustrie, der Sieger jener Leute, die persönlich und politisch an dem Niedergang der Mark, teilweise sogar an der Befreiung des Ruhrgebiets interessiert sind...

Dieser Widerstand der Besitzenden, der in den bürgerlichen Parteien den stärksten Rückhalt findet, ist nur zu überwinden in dem schärfsten Kampf gegen sie...

Die Beamten über die Besoldungsordnung

Tiefste Unzufriedenheit — Kampf mit den äußersten Mitteln

Immer heftiger wird die Empörung der Beamtenschaft über die neueste Besoldungsreform, die sich immer deutlicher als die unglücklichste herausstellt...

Die Beamten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, zusammengeschlossen in ihren Berufsverbänden im Ortskartell...

Schließung der Benzwerke

Ein neuer Scharfmacherstreik

Mannheim, 7. November. M. T. B.

Wie der Verband der Metallindustriellen mitteilt, wird die Firma Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.G. in Mannheim, den Betrieb ihrer Automobilfabrik am Dienstag früh einstellen...

nehmen, aber Garantien verlangen wird sowie Sicherheit dafür, daß die gegenwärtigen Führer Rußlands die internationalen Gebrauche der zivilisierten Völker annehmen...

Neue Entente-Note an Ungarn

D. A. Paris, 7. November.

Die Vorkonferenz wird binnen kurzem die ungarische Regierung wissen lassen, daß es sich gehört, daß die ungarische Nationalversammlung die Unwählbarkeit zum Thron für alle Mitglieder des Hauses Habsburg in bestimmter Form ausbreite...

Kämpfe in Südwestrußland

In den letzten Tagen häuften sich die Nachrichten, daß der ukrainische Freischärlersführer Petljura, der bekanntlich mit den weißrussischen Bandenführern in enger Fühlung steht, in die westliche Ukraine eingedrungen ist...

Wie „Ruh-Preß“ meldet, hat die rumänische Regierung aus Anlaß der Vorgänge in Podolien außerordentliche militärische Maßnahmen in Bessarabien getroffen. Ueber Bessarabien ist der Belagerungszustand verhängt worden...

Der 9. November in Sachsen

Dresden, 7. November.

Ministerpräsident Sud hat angeordnet, daß am 9. November als dem dritten Jahrestage der Gründung der deutschen Republik die Regierungsgebäude in den Reichsfarben besetzt werden...

Frankreich und Rußland

Paris, 7. November.

Der Sonderberichterstatter der Havassagentur meldet von Bord des Dampfers „Lafayette“: Ministerpräsident Briand habe dem Quai d'Orsay die Antwort auf die Note der Sowjetregierung übermitteln lassen...



Denn das Finanzprogramm der Regierung ist unhaltbar. Es hält die Katastrophe nicht auf, es fördert sie. Es reizt die Spekulation zu immer neuem Hinauftreiben der ausländischen Devisen, es befördert die gewaltigen Preissteigerungen, die Verelendung der Massen, vergrößert das Defizit im Staatshaushalt. Deshalb muß die Regierung jetzt, noch in dieser Debatte, unzweideutig erklären, daß nach dem Scheitern der Kreditaktion die Erfassung der Goldwerte unverzüglich in Angriff genommen werden muß. Nur dadurch wird man die weitere Entwertung der Mark aufhalten und ihren völligen Zusammenbruch verhindern können.

## Das preussische Karussell

„Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht!“

Im „Berliner Tageblatt“ befindet sich eine Darstellung über die Rolle, die die Deutsche Volkspartei bei der Regierungsbildung in Preußen gespielt hat. Wir erfahren da, daß die Rechtssozialisten gegen die von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagenen Männer keinen Widerspruch erhoben haben, und daß natürlich auch das Zentrum und die Demokraten alles schluckten, was die Volkspartei ihnen vorsetzte. Die Partei des Herrn Stinnes war überhaupt bei den ganzen Verhandlungen der Diktator. Als anfänglich der Demokrat Wendorf für das Landwirtschaftsministerium präsentiert wurde, erhob die Volkspartei Einspruch und war geneigt, dem Rechtssozialisten Otto Braun dieses Ministerium zu übertragen. Dafür sollte Dieser Ministerpräsident werden. Der interfraktionelle Ausschuß hatte sich schon e i n s t i m m i g dahin verständigt, die volksparteilichen Führer ermüdeten sogar Herr Dejer, die Wahl anzunehmen. In der Fraktionsführung der Volkspartei hingegen wurde Dejer abgelehnt, dafür brachte die Volkspartei nun wieder den Abgeordneten Braun für das Präsidium in Vorschlag, obwohl sie ihn ein paar Stunden vorher e i n m ü t i g a b g e l e h n t hatte. Der tiefere Grund ist darin zu suchen, daß die Volkspartei nicht wünschte, zwei Wirtschaftsministerien (Handel und Landwirtschaft) den Rechtssozialisten zu übertragen. Sie befürchtete von Braun eine Schädigung der agrarischen Ausbeuterpolitik, und da die Volkspartei sich lediglich als Vorposten der Rechten im Kabinett betrachtete, erhob sie gegen Braun als Landwirtschaftsminister Widerspruch und war schließlich damit einverstanden, ihm das Präsidium zu übertragen, weil das ja letzten Endes doch nur ein deklarativer Posten ist. Außerdem hatte sie das Diktat der Deutschnationalen zu erfüllen, die schärfste Opposition angeführt hatten für den Fall, daß Braun das Landwirtschaftsministerium beläme.

Es war also eine richtige Karussellfahrt, die die Parteien der „großen Koalition“ bei der Regierungsbildung veranstalteten. Den Parteien scheint es dabei schwummerig im Kopf geworden zu sein, und dabei vergaßen insbesondere die Rechtssozialisten, welche hervorragenden Vertreter der Republik von der Volkspartei in das neue Kabinett hineingeschmuggelt worden sind. Der „Vorwärts“ hat sich am Sonntag damit zu trösten versucht, daß der „linke“ Flügel der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung gestiftet habe. Wir haben schon darauf verwiesen, daß sich der „Vorwärts“ in einer großen Illusion befindet, wenn er annimmt, daß die beiden volksparteilichen Minister zum „linken“ Flügel ihrer Partei gehören. Das politische Glaubensbekenntnis des Herrn Dr. Boelky, der das Unterrichtsministerium zu verwalten hat, haben wir bereits in unserer Sonntagsnummer wiedergegeben. Dieser Herr will den kommenden Staat „auf den Fundamenten der Kaiseridee“ aufbauen. Herr Richter wiederum, der neue Finanzminister, sieht in Potsdam das Symbol seiner Politik. „Hier umschwebt uns“, so sagte er in seiner Rede auf dem Preußentag der Volkspartei, „der Geist der Fürsten und der Hohenzollern“, und diesen Geist will Herr Richter gepflegt wissen, von diesem Geiste soll die ganze Politik getragen sein.

Das „Berliner Tageblatt“ ist angesichts dieser Tatsachen offener als der „Vorwärts“. Es betont in seiner gestrigen Abendausgabe, daß Richter und Boelky auf dem äußersten rechten Flügel ihrer Partei stehen und bestatigt damit unsere Behauptung, daß die beiden volksparteilichen Minister die Vertreter jenes Flügels sind, der bei der Wahl des Ministerpräsidenten weiße Zettel abgegeben, also gegen Braun gestimmt hat. Inzwischen scheinen ja auch dem „Vorwärts“ Bedenken über die neuen Bundesbrüder aufgestiegen zu sein. Er drückt einen Teil der von uns ausgegrabenen Rede des Herrn Dr. Boelky ab und bemerkt dazu, daß die große Koalition bald zu den verunglückten Experimenten der Vergangenheit gehören würde, wenn Herr Boelky seit dem 9. Januar nicht gründlich umgelernt habe.

Es wird sich bald zeigen, daß die Volksparteier nicht so rasch umlernen wie die Rechtssozialisten, die heute das gute heißen, was sie gestern abgeschworen haben. Die Schieber der „großen Koalition“ werden bald die Geschobenen sein.

## Wiedereintritt der Rechtssozialisten in die württembergische Regierung

Im Juni 1920 sind die Rechtssozialisten aus der württembergischen Regierung ausgetreten, die von da ab nur aus Zentrum und Demokraten gebildet war. Jetzt hat der sozialdemokratische Abgeordnete Keil das Arbeits- und Ernährungsministerium übernommen. Die Koalition ist also in Württemberg wieder nach links erweitert worden. Keil ist der Steuer- und Finanzminister der rechtssozialistischen Reichstagsfraktion und er gilt als ein entschlossener Anhänger des Gedankens der Goldwertbesteuerung. Vielleicht hätte er in der nächsten Zeit in Berlin wichtigere Aufgaben zu erfüllen gehabt als in Stuttgart.

## Die Zerreißung Oberschlesiens

Entscheidung der Ausführungen des Genossen Ledebour  
Stockholm, 7. November.

Daut heute hier verbreitetem Havas-Telegramm erkannte der Abg. Ledebour in Paris an, daß die Mehrheit der ober-schlesischen Bevölkerung polnisch spricht, und er fügte hinzu, daß Deutschland den Völkervertrag hinsichtlich Oberschlesien durchführen müsse.

Genosse Ledebour schreibt uns dazu:

Das ist wieder einmal eine durch Fortsetzung ganzer Gedankengänge bewirkte Entscheidung meiner Ausführungen, diesmal im Interesse der französischen Machthaber. Ich habe wiederholt die ober-schlesische Frage berührt in meinen Reden auf

# Am das arbeitende Volk von Berlin!

## Parteilosen und Genossinnen!

Drei Jahre sind es jetzt, daß das wilhelminische Kaiserreich unter der Last seiner Verbrechen und Sünden zusammenbrach. Im Augenblick der durch die wahnsinnige Kriegspolitik heraufbeschworenen Katastrophe war es allein die Arbeiterklasse, die für das Schicksal der Regierung ergriff, um Volk und Reich vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

Alle Parteien und Klassen, die die Katastrophe verschuldet hatten, traten erschrocken in den Hintergrund. Ihre Führer verließen sich feige in sichere Versuche oder flüchteten nach dem Auslande. Ihre maßgebenden Organe holten das kaiserliche Wappen herab, stellten sich auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ und nahmen die demokratische Republik als eine gottgewollte Fügung hin.

Auf den Trümmern, die das bankrotte Kaiserreich hinterlassen, hieß die Arbeiterklasse

das rote Banner der Revolution.

In lächerlichem Ansturm wurden die Mauern des Obrigkeitsstaates fortgesetzt. Auf dem Boden der ererbten Demokratie sollte das Werk des Aufbaues des sozialistischen Staates in Angriff genommen werden.

Leuchtere und innere Schwierigkeiten hielten sehr bald den siegreichen Lauf der Revolution auf. Die schweren Bedingungen des Waffenstillstandes, die fortbauende Blockade, die wirtschaftliche Zerrüttung hemmten jede tiefgreifende wirtschaftliche Umgestaltung. Der Mangel sozialistischer Schulung und führender Initiativen, die innere Zerrissenheit und der Bruderkampf in den Reihen des Proletariats taten ein übriges, um die führende Rolle der sozialistischen Parteien zu vernichten, den Militarismus in veränderter Form wieder in den Sattel zu heben und die Macht zum größten Teil wieder den kapitalistischen Parteien in die Hände zu spielen.

Heute, nach drei Jahren ununterbrochener Kämpfe, steht das deutsche Proletariat der

geschlossenen Front des Kapitals

gegenüber. Nationalismus und Monarchismus beherrschen den Geist breiter Schichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Das in wenigen Händen konzentrierte Industrie- und Bankkapital herrscht schrankenlos über das ausgebeutete, in Elend versinkende Proletariat, sabotiert die Aufgaben des zusammenbrechenden Staatshaushaltes und treibt Reich und Volk dem finanziellen und wirtschaftlichen Bankrott entgegen.

Die Republik ist für die monarchistische Reaktion nur eine vorübergehende Erscheinung, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit fortgesetzt werden soll. Vorläufig nützt sie ihre vorherrschende Stellung in Regierung, Verwaltung, Justiz, Kirche und Schule, um unter der Hülle der Republik die Geschäfte der davongekommenen Monarchen zu betreiben.

Dies ist die Situation am dritten Jahrestag der Revolution: Im Kampf gegen die mächtig sich ausbreitende politische und wirtschaftliche Reaktion ist das Proletariat einzig und allein auf seine eigene Kraft angewiesen.

Nie hätte die Reaktion eine solche Stärke erreicht, wenn das Proletariat einig und geschlossen seinen Widerstand gegenübergezeigt wäre. Nie hätte das politische und wirtschaftliche Elend einen solchen Grad erreicht, wenn neben der proletarischen Geschlossenheit ein größeres Maß sozialistischer Erkenntnis des Klassenkampfes für die Politik der Arbeiterklasse maßgebend gewesen wäre.

Diese Mängel zu beseitigen, muß die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterbewegung sein. Das Proletariat muß aus seinen Fehlern lernen. Getreu dem Andenken der gefallenen Kämpfer muß der 9. November ein Tag des Gedächtnisses dafür sein, daß die deutsche Republik nicht eine Geldsch-

dem Kongress, in Privatgesprächen und in Zeitungsinterviews. Was ich gesagt habe, ist kurz zusammengefaßt: Als die Entente die Friedensbedingungen diktierte, ging sie von der Voraussetzung aus, daß die Bevölkerung des ober-schlesischen Abstammungsgebietes, die in der Mehrzahl polnisch spricht, auch mit großer Mehrheit für Polen stimmen würde. Es war eine große Enttäuschung für die Machthaber, als die Abstammung 62 Prozent der Stimmen für Deutschland und nur 38 Prozent für Polen ergab. Die Sache wurde zunächst verschleppt, und dann wurde durch den Umweg über den Völkervertrag die Zerreißung Oberschlesiens dekretiert.

Die Teilungslinie ist ganz willkürlich gezogen. Die dadurch bewirkte Halbierung der Bevölkerung (51 Prozent auf deutscher und 49 Prozent auf polnischer Seite) entspricht nicht einmal den Abstammungsziffern. Sie wird aber besonders deshalb als eine schwere Ungerechtigkeit in Deutschland empfunden, weil die Zerreißung des Industriebezirks schwere wirtschaftliche Schäden verursacht, nicht nur für Oberschlesien selbst, sondern auch für Deutschland, dessen Fähigkeiten, die Reparationszahlungen zu leisten, dadurch noch mehr herabgemindert wird. Wie jeder Vergewaltigungskrieg der Entente gegenüber Deutschland, kam auch dieser der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland selbst zugute. Das zeigt ja das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Berliner Wahlen. Soviel über die Wirkungen der ober-schlesischen Entscheidung.

Was die von Deutschland einzuführende Politik anbetrifft, so wäre bei dem jetzigen Kräfteverhältnis jeder passive oder aktive Widerstand Wahnsinn. Deshalb wird unsere Partei die Regierung Wirth in dem Bemühen unterstützen, die Einzelbestimmungen, besonders hinsichtlich des wirtschaftlichen Abkommens mit Polen, möglichst reibungslos durchzuführen. Einer späteren Zeit muß aber eine etwa mögliche Abänderung überlassen bleiben. Wir erwarten sie von einem Erstarken der sozialistischen Bewegung in den Ententeländern, besonders in Frankreich, sowie von einer Verständigung mit den polnischen Arbeitern selbst.

Um Mißverständnisse nach dem Muster des Havas-Telegramms entgegenzuwirken, werde ich mich in unserem französischen Parteiorgan, dem „Populaire“, noch ausführlich über die ober-schlesische Frage aussprechen.

Der deutsche Vorkämpfer in Paris hat der Vorkämpferkonferenz eine Note der deutschen Regierung überreicht, die sich mit dem Vorgehen der polnischen Regierung gegen die Ansiedler in den normal preussischen Gebieten beschäftigt. Die Note weist auf die Härte hin, die darin liegt, daß Polen die Ansiedler, die nach dem 11. November 1918 angesiedelt sind, nach ihrem Belieben vertriebt, indem die polnische Regierung auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 diese Besitztümer als ihr Eigentum erklärt. Etwa 1000 deutsche Ansiedler haben die Anweisung erhalten, bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen. Die Note weist darauf hin, daß das Vorgehen der polnischen Regierung jeder Rechtsgrundlage entbehre.

republik bleibt, sondern sich zur freien sozialistischen Republik aller Schaffenden entwickelt.

Im Streben um dieses Ziel trennt uns kein Streik. Einig und geschlossen muß das ganze Arbeitervolk am 9. November dafür demonstrieren. Rückwärts nimmer, vorwärts immer!

Es lebe die sozialistische Republik!

Es lebe der sozialistische Befreiungskampf des Proletariats!

Auf, zur machtvollen, würdigen Demonstration des 9. November!

Bezirksverband Berlin S. P. D.:

H. Häusler.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.:

H. Müller.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend:

S. Balth.

## AM-Mitglieder Groß-Berlins!

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend hat am 30. Oktober d. J. in der Arbeiterpresse zum 9. November folgenden Aufruf erlassen:

Die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend haben beschlossen, am 9. November, dem Jahrestag der Revolution, durch massenhafte Demonstrationen ihren Willen zur Fortführung der Revolution zu bekennen.

Zu diesem Zweck schließen die Betriebe um 2 Uhr mittags und marschieren geschlossen zu den Plätzen, die noch später, aber rechtzeitig, bekanntgegeben werden.

Die Bezirksversammlung, die von allen AM-Verbänden beschickte höchste Körperschaft der örtlichen Zentrale des AM-Bundes, empfiehlt allen AM-Mitgliedern Groß-Berlins die Befolgung des obenstehenden Aufrufs und die Durchführung aller hierfür zu treffenden Maßnahmen, die seitens der Berliner Gewerkschaftskommission jetzt veröffentlicht werden.

AM-Bund, Organisch Groß-Berlin.

Flatau, Otto, Schäfers.

Die Demonstrationen finden auf folgenden Plätzen statt:

Behrensplatz (Osten),  
Humboldthain (Norden),  
Wittenbergplatz (Westen),  
Kaiser-Friedrich-Platz (Hakenfelde),  
Neukölln, Tempelhofer,  
Mariendorf, Marienfelde,  
Oberschöneweide (Marktplatz),  
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannistal,  
Cöpenick (Marktplatz),  
Cöpenick, Grünau, Friedrichshagen,  
Bohnsdorf, Rahnsdorf,  
Spandau (Neues Rathaus).

Um 2 Uhr nachmittags verlassen sämtliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte die Betriebe und begeben sich in geschlossenen Zügen zu den oben angegebenen Plätzen, so daß um 3½ Uhr der Anfang erfolgt.

In 10minütiger Ansprache werden die Redner der Parteien und Gewerkschaften die Bedeutung des Tages würdigen. Beginn und Ende der Ansprache wird durch Trompetensignal bekanntgegeben. Um 3.30 Uhr hat die Demonstration ihr Ende erreicht, worauf sich die Züge auflösen oder geschlossen in ihre Wohnbezirke zurückmarschieren.

Besuche und die von der Arbeiterschaft als lebenswichtig anerkannten Betriebe werden nicht mitgeführt. Die Nachschichtarbeiter begeben sich von der Demonstration aus wieder zur Arbeit.

Ordnung für die Züge haben die Betriebe selbst zu stellen und für Anordnungen zu sorgen.

Die Ordnung auf den Plätzen übernehmen die Parteien.

Referenten zum 9. November: Emil Barth, Alfred Berger, Rob. Breuer, Paul Brühl, Häusler, Kurt Heintz, Dr. Jersch, Karl Henschold, Franz Krüger, Rutimer, Richard Ritter, Dr. Pöhlmann, Dr. Pöhlmann, H. Pöhlmann, Otto Meier, Dr. Moses, Dr. Ostrowski, Karl Polenske, Emil Rabold, W. Reimann, Gerhard Seger, Carl Bollmerhaus, Otto Jiska.

## Aus dem Königreich Bayern

Rupprecht fühlt sich als König

Der bayerische Kronprinz Rupprecht hat sich von der monarchistischen Demonstration anlässlich der Beisetzung seiner Eltern in München herausziehen lassen und fühlt sich bereits als künftiger König von Bayern. Wie zu Königszeiten läßt er durch das Hofmarschallamt eine Dankagung an das bayerische Volk ergoßen für die vielen Beweise der Teilnahme und der Treue zum Königshaus. Dabei klagt er über die „Preisgabe von wesentlichen, für das Bestehen des bayerischen Staates unentbehrlichen Rechten“. Und zum Schluß bringt er unumwunden zum Ausdruck, daß er nun König von Bayern sei. Denn was soll es heißen, wenn er verkündet: „Eingetreten in die Rechte meines Vaters... Die in den letzten Tagen mir zum Ausdruck gebrachten Gefühle berechtigen zu der Hoffnung, daß das bayerische Volk, seinem gesunden Sinn entsprechend, aus seiner letzten Bedrängnis sich mit Gottes Hilfe wieder erporieren wird.“ Er unterzeichnet nicht mehr als Kronprinz, sondern nur mit dem Namen Rupprecht, wie einst sein Vater mit dem Namen Ludwig unterzeichnet hat.

Es geht nicht an, den Dingen in Bayern weiter freien Lauf zu lassen. Die Beisetzung des Kronprinzen hat aufs neue gezeigt, daß die bayerischen Monarchisten sich nicht scheuen, daß der Hof gegen die Republik und das Bestehen zum Monarchismus selbst in der bayerischen Regierung Platz haben. Man sagt nicht zuviel, wenn man Bayern als monarchistische Republik bezeichnet.

Der erste Schritt zur Wiederaufrichtung der Monarchie ist der im bayerischen Landtag eingebrachte Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Schaffung des Postens eines Staatspräsidenten. Es gehört nicht viel politische Klugheit dazu, um herauszufinden, daß es sich bei dieser Staatspräsidentenstelle, deren Notwendigkeit sich in Bayern ebensowenig wie in Preußen ergeben hat, um die Platzhalterstelle für den künftigen bayerischen König handelt. Es gibt nur eine Sicherung. Und das ist ein Reichsgesetz über die endgültige Absetzung der Wittelsbacher und selbstverständlich auch der Hohenzollern. Je schneller das geschieht, um so weniger kommt ein deutsches Parlament in die Lage, den Thronverlust der Wittelsbacher und Hohenzollern auf Kommando der Vorkämpferkonferenz vollziehen zu müssen, wie es jetzt Ungarn muß.

Ein offizielle Anerkennung als König hat Rupprecht bereits gefunden. Die ungarische Regierung hat ihr Beileids-telegramm adressiert: „An Seine Majestät König Rupprecht von Bayern.“ Sie haben sich hübsch gefunden: Das Königreich ohne König und der König ohne Königreich.



# Heute Zahlabend in Groß-Berlin!

## Deutscher Reichstag

Montag, den 7. November.

### Generaldebatte über die Steuervorlagen

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.

Mit der Steuerberatung verbunden wird das Gesetz über das Branntweinmonopol und die Interpellation der Deutschnationalen betreffend die Valutanot. Die Interpellation begründet Abg. Edler von Braun: Wir verlangen von der Regierung die Vorlage eines endgültigen Steuerprogramms, um aus dem gegenwärtigen Finanzelend herauszukommen. Die bisher vorgelegten Entwürfe lassen dieses Ziel nicht erreichen.

Da der Regierungsvorsteher erst später im Reichstag anwesend sein kann, wird die Beantragung der Interpellation zu einer späteren Stunde gegeben werden.

Abg. Wolf Braun (Soz.): Wir sind der Meinung, daß der Reichsminister der Finanzen, Herr Hermes, der das Finanzministerium ja nur im Nebenamt versteht, den an einen Reichsfinanzminister zu stellenden Anforderungen nicht gewachsen ist. Er hat auf der einen Seite die phantasiertesten Zahlen vorgebracht, aber auf der anderen Seite die phantasiertesten Gedanken vermischt. Wenn er die „Anregungen“, die neuen Steuerentwürfe, mit einer Handbewegung abtut als Gedanken, die später vielleicht einmal geprüft werden könnten, so beweist er damit genug für seine Unzulänglichkeit. Wenn die Reparationskommission durch Deutschland führt und sieht die Raubfahnen der Schornsteine, so sagt sie sich, diese Fahnen beweisen, daß Deutschland zahlen kann und zahlen muß. Was bedeutet es, wenn im Reichsverband der Industriellen erklärt wird, man solle den Konkurs anmelden? Glaubt denn jemand, die Industriellen würden sich damit zufrieden geben, wenn Deutschland den Konkurs anmeldete? Dann wird das Ausland die Hand auf die deutsche Industrie legen. (Zuruf: Sehr geistreich!) Sie haben noch ganz anderes gezeigt als Geistesreichtum. Sie haben gewissenlos gehandelt während der Jahre 1915/1918. (Lebhafter Beifall links.)

### Wir brauchen die Erfassung der Sachwerte.

Wenn Sie sich dem widersetzen, so werden Sie Ihnen vom Ausland genommen werden. Mit Ihrem nationalistischen Geschrei treiben Sie Deutschland nur immer weiter ins Elend hinein. (Sehr wahr!) Wir müssen unter allen Umständen, vor allem im Interesse der Arbeiter, zur Stabilisierung unserer Währung kommen. Dabei sind wir weit davon entfernt, anzunehmen, der Dollar könne wieder auf 4 Mark heruntersteigen. Solange wir aber nicht den Mut haben, mit kräftiger, rücksichtsloser Hand in die Sachwerte einzugreifen, solange geraten wir unaufhörlich immer mehr an den Abgrund. Die künftige Finanz- und Steuerpolitik muß daher eine ganz andere sein als die des Reichsfinanzministers.

Abg. Herold (Zit.): Ich hatte bei den Ausführungen des Vorstandes den Eindruck, als wenn er die Aufforderung an die Industriellen richten wollte, in ihrer Forderung nur recht weit zu gehen. Redner geht im weiteren auf die einzelnen Vorlagen ein und fordert zum Schluß die Parteien zu einträchtiger Zusammenarbeit auf.

Abg. Dietrich (Dem.): Schuld an unserem Finanzelend sind einzig und allein die Reparationslasten. Der Dollar steht heute auf 20 Mark. Das bedeutet, daß zur Abdeckung von 2 1/2 Milliarden Goldmark 25 Milliarden Papiermark erforderlich sind. Glaubt jemand, daß solche Summe vom deutschen Volk getragen werden kann? Wenn Deutschland eines Tages die Zahlung einstellt, so liegt die Verantwortung bei der Entente. Bleiben Sie mir mit den Schlagworten und Phrasen von der Erfassung der Sachwerte vom Halse. Die Regierungsvorlagen lassen die Dinge sehr richtig an: Besteuerung der Vermögen. Das ist der richtige Weg. So wie die Vorlagen uns vorgelegt sind, gehen die Dinge einfach nicht. Die Entente kann von uns verlangen, daß wir zahlen. Aber wir können von der Entente verlangen, daß sie uns die Reparationszahlungen zunächst einmal stundet. Dann hat der Reichsfinanzminister einige Zeit, zunächst einmal die Finanzen im Innern ins Gleichgewicht zu bringen.

### Reichswirtschaftsminister Schmidt:

führt in Verantwortung der Interpellation Edler von Braun aus: Den Herren von der Rechten, die die Interpellation eingebracht haben, sage ich, wenn wir das Ultimatum nicht angenommen hätten, dann hätten wir nicht nur den finanziellen, sondern auch den industriellen Zusammenbruch. Dann wäre die Entente vielleicht zur Beschlagnahme des Ruhrgebiets geschritten und dann läge es natürlich noch etwas schlimmer aus, als jetzt. Jedenfalls hätten wir dann keine bessere Zukunft als heute. Wir haben gegenwärtig in unserer Handelsbilanz ein Passiv-Saldo von etwa zwei Milliarden Mark, das sich durch den Friedensvertrag auf fünf Milliarden erhöht. Das bedeutet, daß wir für diesen Betrag für unsere Zahlungsbilanz Devisen anbringen müssen, die wir nicht aus der Wirtschaft nehmen können, sondern für die wir wieder die Notenpresse in Bewegung setzen müssen. Unsere Bilanz wird sehr schwer durch die Einfuhr höchst überhöhter Luxusartikel belastet. So sind innerhalb vier Monate für nicht weniger als 910 Millionen Mark Wein eingeführt, für 317 Millionen Mark an Delen, Seiden, Schminken, Ruder und ähnliches. Weiter sind die wilden Spekulationen an der Börse für das deutsche Volk sehr schädlich.

Wir haben die Absicht, durch einen Gehehntwurf dem „freien Spiel“ an der Börse nicht mehr seinen bisherigen Lauf zu lassen. Den Finanzministern sollte Kenntnis gegeben werden, welche Vermögenswerte in die Spekulation hineingeeben werden. Es soll weiter untersucht werden, wie weit Spekulationsgewinne weggesteuert werden können. Soweit es möglich ist, werden wir das verlangen. Weiter werden wir

### schärfere Bestimmungen zur Erfassung der Devisen

treffen müssen. Es ist gar kein Zweifel, daß ein großer Teil der Devisen durch die Spekulation zurückgehalten werden. Je mehr wir durch Abkommen, ähnlich wie dem Wiesbadener, in die Lage kommen, statt mit Devisen mit Sachleistungen unsere Reparationslasten abzubilden, desto mehr werden wir allerdings die innere Last steigern, aber wir sind dann in höherem Maße von dem Devisenmarkt unabhängig.

Abg. Kellner (Din.): Das Staatsdefizit ist zum guten Teil auf die Ueberhebung der Reichsbehörden mit Personal und auf die durchaus unrationelle Einsetzung des acht- und neunten Staatsbürgers ein Beamter oder Angestellter. Das kann das reichste Land nicht ertragen. Der Reichsfinanzminister hat uns einen Kontributionsentwurf von rund 90 Milliarden Mark vorgelegt. Dabei hat er einen Entwertungsfaktor von 20 zugrunde gelegt. Ich halte aber einen solchen von unter 50 nicht anrechenbar. Dann betragen unsere Reparationsleistungen von 3,3 Milliarden Goldmark nicht 66, sondern 165 Milliarden Papiermark (Hört! Hört!). Rechnen wir die übrigen Reparationsleistungen hinzu, so kommen wir auf einen Kontributionsentwurf von rund 250 Milliarden Mark, und sieht man die Verpflichtungen aus dem Wiesbadener Abkommen mit in Betracht, auf 290 Milliarden Mark. Uns geht das Vaterlandes Schicksal über jedes Einzelgeschick und erst recht über den Geldbeutel. (Große Heiterkeit links.) Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir die neuen Steuervorlagen prüfen. Die Reichsvermögenssteuer soll ebenso dauernde Einnahmen erschließen und weitens durch Zuschläge das Reichsnotopfer erleichtern. Die Steuervorlagen würden das Kapital völlig unruhig machen. Wir wehren uns gegen das Schlags

wort der Erfassung der Sachwerte, vor allem deshalb, damit nicht das ausgeführt wird, was der Abg. Braun heute hier ausgeführt hat, damit die Sachwerte der Entente ausgeliefert werden. Die weiteren Ausführungen richten sich mit großer Schärfe gegen den größten Teil der Besteuerten. Nach scharfen Angriffen gegen den Reichsfinanzminister fährt der Redner fort: Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber der Entente einhalten kann. Auch die Kredithilfe der Industrie könnte diese verzweifelte Lage keineswegs heben. Aber schon die von gewissen Kreisen damit verbundene Drohung muß stutzig machen. Vor dem Wege einer Zwangsreorganisationswarne ist. Wer diese betreibt, spielt das Spiel des Auslands. Arbeitslosigkeit und Hunger werden das Volk zur Verzweiflung treiben. (Zuruf Hofmann: Ihr seid die Verdreher! — Großer Lärm.) Ich fordere die Regierung auf: Teilen Sie den Herren der Entente mit, daß Deutschland die Zahlungen nicht länger erfüllen kann. Die Ketten, die uns zu erdrücken droht, muß zerhackt werden. In der Weltgeschichte hat nur der beständige, der entschlossen ist, wenn es sein muß, in Ehren unterzugehen. (Beifall rechts. Ironisches Lachen links.)

Abg. Koenen (Komm.) fordert, daß der eingereichte Antrag bezüglich Regelung der Arbeitszeit als schleuniger Antrag behandelt und auf die morgige Tagesordnung gesetzt werde. Der Antrag wird abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Interpellation der U. S. P. betr. Reichswehr, Fortsetzung der Steuerdebatte, Interpellation Müller-Frankens betr. die deutschen Werke.

## Gefehntwurf zum Schutze der Republik

Verlagt bis auf St. Rimmerlein

Der Rechtsausschuß des Reichstags beriet am Montag den Antrag der Unabhängigen Fraktion zum Schutze der Republik. Genosse Kosenfeld führte zur Begründung aus: Unser Gefehntwurf ist aus der Aktion der Arbeiterkassen hervorgegangen, die durch die Ermordung Erzbergers ausgelöst wurde. Als ich damals herausstellte, daß die Mörder in den Reichsparteien zu suchen seien, gelangte die Arbeiterkassen zu der Ueberzeugung, daß zum Schutze der Republik etwas geschehen müsse. Allerdings bieten auch Gesetzesparagrafen keinen ausreichenden Schutz der Republik. Die Republik wird so lange in Gefahr sein, wie die republikanische Arbeiterkassen in Deutschland nicht maßgebend ist. Der Staat muß aber wenigstens das Recht haben, monarchistische Beamte zu entfernen. Beamte, Offiziere, Richter, Polizeibeamte, welche monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden, müssen sofort aus dem Dienst entlassen werden.

Abg. Hofmann-Kaiserlautern (Soz.): Auch wir wünschen einen Gefehntwurf zum Schutze der Republik. Der Antrag der Unabhängigen geht uns aber zu weit. (Rüchlich erklärte Abg. Schiedemann, unser Antrag ginge ihnen nicht weit genug. Red. d. Fr.) Wir wollen kein Ausnahmegericht gegen monarchistische Beamte. Wir wollen ein geordnetes Disziplinarverfahren und die Entlassung von Beamten nur dann, wenn sie die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern, in ihrem Amt Mißachtung der republikanischen Verfassung oder der Reichs- und Landesfarben bekunden, ihr Amt für Betreibungen zur Aenderung der Staatsform mißbrauchen, auf Untergehens im Sinne solcher Mißachtung einwirken oder als Dienstvorschriften Handlungen der bezeichneten Art dulden. Nur in schweren Fällen wünschen wir neben der Entlassung auch den Verlust der Versorgungsansprüche.

Reichsjustizminister Radbruch: Wir bereiten ein Gesetz vor, das die Schutzmaßnahmen betreffen soll, die im Ressort des Justizministeriums liegen und zur Anpassung der Justiz an die neuen Reichsverhältnisse dienen.

Minister des Innern Köster: Wir beraten die dem Ministerium des Innern abliegenden gesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Republik. Ob die Beratungen zur Vorlage eines Gefehntwurfes oder nur zu dem Voranschlag einer Aenderung bestehender Gesetze führen, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Abg. Dühring (Din.): Nach diesen Regierungserklärungen beantrage ich die Verlegung der Beratung.

Genosse Kosenfeld: Ich widerspreche entschieden der Verlegung. Daß die Deutschnationalen die Verlegung wünschen, verstehe ich schon. Wer aber wirklich die Republik schützen will, muß die Verhandlung fördern. Der Ausschuß beschließt, vorläufig in der Beratung fortzuführen.

Abg. Kahl (D. Sp.): Ich wende mich entschieden gegen den Gefehntwurf der Unabhängigen. Er enthält in keinem Sinne und in keinem Satz eine geeignete Grundlage für ernsthafte Verhandlungen. Er vernichtet jede staatsbürgerliche Freiheit, verletzt die Verfassung und Beamtenrechte. — Abg. Graefe (Din.): Ich schliesse mich den Ausführungen des Berichters der Deutschen Volkspartei an.

Abg. Haas (Dem.): Wir wollen ein Gesetz zum Schutze der Republik, aber kein Ausnahmegericht. Das geordnete Disziplinarverfahren muß erhalten bleiben, doch schelen Reformen notwendig zu sein. Den Antrag der Unabhängigen lehnen wir ab. Die Vorschläge der Rechtssozialisten werden wir prüfen. — Abg. Herfeld (Komm.) beantragt die Annahme des Antrages der Unabhängigen.

Reichsminister des Innern Köster: Die Regierung hat nicht den Wunsch, daß die Beratungen des Gesetzes verschoben werden. — Bayerischer Bevollmächtigter v. Nüßlein: Ich warne pfllichtgemäß vor übereilter Behandlung der Angelegenheit. Der Antrag der Unabhängigen greift tief in die Rechte der Länder ein. Seine Annahme würde eine tiefe Cröitterung in Bayern hervorrufen.

Genosse Kosenfeld: Nach der Auffassung des bayerischen Berichters müßte der Reichstag darauf verzichten, aus seiner Mitte einen Gefehntwurf vorzulegen. Den bayerischen Widerspruch habe ich lange erwartet. Bayern widerspricht ja immer, wenn ein Fortschritt gemacht werden soll. Nachdem der Reichsinnenminister erklärt hat, daß er gegen die Beratung nichts einzuwenden habe, sollten wir wirklich weiterberaten.

Der Antrag der Deutschnationalen auf Abbruch der weiteren Beratungen wird darauf mit 13 gegen 12 Stimmen (gegen die Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten) angenommen.

## Deutsch-völkischer Kettenhandel

Kettenhandel, Preistreiberi, Wucher und Schieberhandel sind nach den Behauptungen der Nationalisten nur aus der Revolution geboren, obwohl alle Welt weiß, daß der Wucher, das Schieben, der Kettenhandel und die Preistreiberi nie lo blühen, wie im Kriege, und daß unsere Nationalisten hauptsächlich deshalb für die Verlängerung des Krieges waren, weil dann ihre Möglichkeiten zur Fortsetzung der Wucherel, des Preistreiberi usw. am größten waren. Daß aber auch jetzt die Deutschvölkischen die größten Schieber und Wucherer sind — man denke nur an die Herren Landwirte — ist ebenfalls bekannt. Und wenn die Bayerische Staatsanwaltschaft II. Abteilung Wucher, am Mittwoch bei der Deutschvölkischen Bank eine Hausdurchsuchung wegen Kettenhandel und Preistreiberi vornehmen und die Geschäftsbücher und Briefschaften beschlagnahmen soll, werden zweifellos in diesem Falle gute Gründe vorliegen.

## Der 9. November und die Unternehmer

Die Arbeiterkassen rufen zur Feier des 9. November. Die Form der Feier ist verschieden. In einigen Orten werden Demonstrationen mit teilweiser Arbeitsruhe stattfinden, in anderen Orten wird volle Arbeitsruhe eintreten. Ueberall aber bedeuten die Demonstrationen ein Bekenntnis der Arbeiterkassen zur Republik und zum Kampfe für ihre Erhaltung.

Das Unternehmertum dagegen trifft bereits vorbeugende Maßnahmen. Es will seine Nachmittage in Anwendung bringen, um den Aufmarsch der Arbeiterkassen für die republikanische Verfassung nach Möglichkeit einzuschränken. So hat der Zentralverband der Arbeitgeber deutscher Wagen- und Karosseriefabriken in einem Rundschreiben bereits seine Mitglieder ermahnt, den Kampf gegen die Feier des 9. November aufzunehmen. In dem Rundschreiben heißt es:

„An verschiedenen Stellen des Reiches ist die Absicht der Arbeiterkassen bekannt geworden, am 9. November zu feiern und, wo diese Lage auf Werkstage fallen, am Reformationsfest und am Ruhtag zu arbeiten. ... Wir empfehlen unseren Mitgliedern dringend, alle Anträge der Arbeiterkassen auf Feiern am 9. November mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Für diejenigen Teile des Reiches, in denen Reformationsfest und Ruhtag auf einen Werktag fallen, ist überdies zu beachten, daß beide Feiertage im allgemeinen als gesetzliche Feiertage in Betracht kommen, an denen nur mit besonderer Genehmigung der Gewerbeaufsichtsamter gearbeitet werden darf. Der 9. November hat selbstverständlich als Werktag zu gelten, und eine Bezahlung wird daher auch nur nach Maßgabe der wirklich geleisteten Arbeitszeit erfolgen können.“

Während sich arglose Gemüter noch den Kopf darüber zerbrechen, obwohl die Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei für die Erhaltung der Republik einzutreten bereit sind, besennt das Unternehmertum, das das Rückgrat beider Parteien bildet, auf solche Art ganz offen seine Gegnerschaft zur Republik. Wer es also noch nicht gewußt hat, der dürfte jetzt klar darüber sein, in welchem Lager diese beiden Parteien, die eigentlich schon längst eine Partei bilden, im Falle eines entscheidenden Kampfes um die Erhaltung der Republik stehen würden.

Dem Rundschreiben beigefügt sind einige Schwarze Listen, was wir indes nur nebenbei — wohl als Gemeinheit, aber dennoch als eine Unbilligkeit — anmerken wollen.

## Sturm- und Schneewetter

Es werden weiterhin schwere Sturmwetter gemeldet. Ein furchtbarer Sturm, der von Hochwaller begleitet war, ist in der vergangenen Nacht über die Rieker Herde hinweggebraut. Sowohl in Kiel als auch in den Herdeorten ist erheblicher Schaden verursacht worden. Zahlreiche an der Küste gelegene Strahlen Rieks sind überflutet, Keller unter Wasser gesetzt, Hofenbrücken beschädigt, Boote losgerissen und zum Teil vom Sinken gekehrt. Von der Rieker Herde wird gemeldet, daß eine Anzahl Fischerboote mit Geräten gesunken sind. Einmaliger Dampfer sind im westlichen Teil der Ostsee gestrandet.

Aus Dresden wird gemeldet: Hier herrscht bei orkanartigem Sturm Schneetreiben. Zahlreiche Telegraphen- und Fernsprechleitungen sind geföhrt. In Meissen ist die Stromversorgung unterbrochen, jedoch Stadt und Landwehr Meissen seit Sonnabend größtenteils ohne Licht sind. In Weisköblich wurde heute morgen ein Eisenbahnbeamter durch den Sturm gegen einen vorüberfahrenden Zug geschleudert und getötet.

Im Riekergebirge hat nach einem orkanartigen Sturm und Regengüssen in vergangener Nacht heftiger Schneefall eingekehrt. In Oberdrüdenberg bei der Kirche Wang liegt der Schnee bis 1/2 Meter hoch. Auf dem Ramm sind Schneewehen bis zu 1 Meter anzutreffen. Der Schnee liegt bis 600 Meter hoch.

Infolge der Witterungsverhältnisse sind wieder große Betriebschwierigkeiten im Fernsprech- und Telegraphenbetrieb insbesondere im Bereich mit Westdeutschland und dem Auslande durch Störungen eingetreten. Die Telegraphenverbindungen mit London sind seitdem auf ernstlichem Gebiet unterbrochen. Störungen von Telegraphenleitungen bestehen im Bereich mit Frankreich, Holland, Belgien, Schweiz und Italien. Im Fernsprechtbereich ist der Auslandsverkehr mit Wien, Prag, Budapest, Babel, Zürich, Mailand, Paris, Rotterdam und Kopenhagen gestöhrt. Im inländischen Fernsprechtverkehr fehlt insbesondere die Verbindung mit Köln, Düsseldorf, Arefeld, Elberfeld, Essen und Bochum.

## Kleine Nachrichten

Die Reparationskommission kommt. Zu der von uns bereits in der Sonntag-Morgenausgabe der „Freiheit“ mitgeteilten „Temps“-Melbung von der Reise der Reparationskommission nach Berlin teilt die deutsche Regierung mit, daß sie eine diesbezügliche Mitteilung von der Reparationskommission erhalten hat.

Der Nachfolger Sawalds. Als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs Dr. Sawald ist der bisherige Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Freiherr von Weiser, in Aussicht genommen.

Oberst Lehar in München. Die „Deutsche Zeitung“ meldet: Die Familie des Komponisten Franz Lehar erhielt Sonnabend die Nachricht, daß der Bruder Franz Lehar, Oberst Lehar, der wegen seiner Teilnahme am Putsch Karls geföhrt wird, bei Komorn die Donau überflutet worden und sich auf schwebendes Gebiet geföhrt hat. Von dort aus gelangte er über Prag an die hantische Grenze und soll sich gegenwärtig in München aufhalten.

Zwischen München und Budapest findet also ein regelrechter Austausch statt. Die reichsdeutschen Hochverräter, denen der Münchener Boden zu heiß wird, flüchten nach Ungarn, und die ungarischen Hochverräter nach München. Ein weiterer Beweis, daß München einer der bedeutendsten Bororte der mitteleuropäischen Reaktion ist.

Die deutsche Regierung drückt der japanischen Regierung ihr Beileid aus. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Hanke, in Vertretung des Reichsministers des Auswärtigen, hat dem japanischen Botschafter aus Anlaß der Ermordung des Ministerpräsidenten Hara einen Beileidsbesuch abgelehnt, um ihm das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Der deutsche Botschafter in Tokio Dr. Goll, ist gleichfalls angewiesen worden, der japanischen Regierung Beileid zu bezeugen und die deutsche Regierung zu übermitteln.

Der 11. November als gesetzlicher französischer Feiertag. Die französische Kammer beschloß einen Antrag, den 11. November, den Jahrestag des Waffenstillstandes, zum gesetzlichen Feiertag zu erheben. Nach langer Debatte beschloß die Kammer, daß die Feier des 11. November später am folgenden Sonntage stattfinden soll, mit Ausnahme von diesem Jahre, wo der 11. November gesetzlicher Feiertag sein wird.







# Ende und Ergebnis des Gasthausstreiks

## Die Abstimmung der Streikenden

Der Vorstand des Kartells der im Gastwirts-gewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen teilt mit:

Das Kartell der Arbeitnehmer im Gastwirts-gewerbe hat am Montag in sechs Versammlungen über die Arbeitsauf-nahme ge-heim abstimmen lassen. Kartellvorstand und Beirat haben sich am Abend mit dem Ergebnis dieser Abstimmung beschäftigt und festgestellt, daß eine katatonische Mehrheit für die Weiterführung des Streiks nicht vor-handen ist. Der Streik wird damit für beendet erklärt.

Über die Versammlungen erfahren wir noch: Sämtliche Ver-sammlungen waren überfüllt, eine große Erregung über den Schiedsspruch hatte die Teilnehmer ergriffen. Die Sprecher der Organisation hatten eine recht unandbare Aufgabe zu erfüllen. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Schiedsspruch keineswegs die Forderungen der Streikenden und Ausgesperrten erfülle. Es handle sich gemißmaßen um eine verlorene Schlacht im Kampfe der Gastwirtsangestellten um ihre Forderungen. Die Organi-sationsvertreter forderten schließlich schweren Herzens die An-nahme des Schiedsspruchs. In der Aussprache wurde in recht ausgiebiger Weise in gänzlicher Vertennung der Situation auf die „Bonzen“ geschimpft. Zwischenrufe wie „Verräter“ usw. hagelte es nur so, und die Erregung wurde von gewissen Leuten noch künstlich gesteigert.

In allen Versammlungen wurde in geheimer Abstim-mung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ab-gestimmt.

Nachmittags 4 Uhr begannen Verhandlungen mit den Unter-nehmern über die Bezahlung des übrigen Personals, da der Schiedsspruch, wie gestern mitgeteilt, nur die Bezahlung der Kellner regelt. Ein Resultat der Verhandlungen war uns bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

## Der Schiedsspruch und seine Bedeutung

Den wesentlichen Inhalt des Schiedsspruchs, der das Ende des Streiks im Gastwirts-gewerbe herbeigeführt hat, haben wir bereits in der Abendausgabe vom Montag zum Abdruck gebracht. Der Spruch ist indes von so ent-scheidender Bedeutung, daß wir seinen vollen Wortlaut hiermit noch nachtragen wollen:

### Die Entlohnung

1. Für das Kellnerpersonal wird ein Grundgehalt von 1800 M. in den Bier-, Saal- und Gartenwirtschaften, von 1800 Mark in den Hotels, Weinrestaurants und Cafés gewährt. 2. Auf alle verabreichten Speisen, Getränke, Weine usw. wird ein Zu-schlag von zehn Prozent erhoben, der unter der Bezeich-nung „Zuschlag“ auf die Rechnung zu legen ist. 3. Die Verteilung des die Grundlöhne übersteigenden Uberschusses aus den Zu-schlägen wird gleichmäßig durch die Arbeitgeber unter Mit-wirkung der Betriebsvertretung unter den Kellnern vorgenom-men. 4. In den Gasträumen ist folgender Anschlag anzu-bringen: Das Bedienungspersonal, das die tarifliche Entlohnung erhält, bietet ihm

keine Trinkgelder anzubieten,

da deren Annahme vertraglich verboten ist.“ Ein gleicher Vermerk muß auch auf Speisen- und Getränkekarte gesetzt werden.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit

1. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. 2. Die Inbetriebsetzung der Unternehmungen erfolgt, sobald das rechtlich möglich ist. 3. Die Wiedereinstellung der Streikenden erfolgt nach Maßgabe der freien Stellen, wobei die Dienst-stellen und Verheirateten zunächst zu berücksichtigen sind. 4. Auswärtige, die während des Streiks eingestellt sind, sind zum demnächst zulässigen Termin zu kündigen. Dasselbe gilt für Kellner, die vor dem 1. Oktober nicht als Kellner tätig waren. Über streitige Rechtsfragen entscheidet eine paritätische Kommission von je drei Mitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeit-nehmerparteien unter Vorsitz eines Unparteiischen. 4. Bei Neu-

einstellungen sind zunächst die nicht sofort Eingestellten, im Streik befindlich Gewesenen einzustellen. 5. Angestellte, die einer straf-baren Handlung überführt sind, brauchen in dem Betrieb, gegen welchen sie diese strafbaren Handlungen begangen haben, nicht ein-gestellt zu werden. Ueber Tariffragen entscheidet im Streitfalle die oben erwähnte unparteiliche Kommission.

Das Ende des gewaltigen Lohnkampfes, des größten, den das Gastwirts-gewerbe bisher gesehen hat, ist also herbei-geführt worden durch einen Vergleich. Man könnte von einem Kompromiß reden, wenn nicht in der Tat bei der Ent-scheidung über die prinzipielle Frage des Ent-lohnungssystems der höhere Grad des Zurückweichens auf der Seite der Unternehmer liegen würde. Prinzipiell ist zwar das reine System des festen Lohnes nicht vollends erreicht worden, dafür aber ist endgültig gebrochen mit dem System des Trinkgeldes in der bisher üblichen kompromittierenden und entwürdigenden Form. Darum liegt hier mehr als ein Kompromiß vor. Das Ende des Streiks hat den Gastwirtsgehilfen in der Tat einen Erfolg gebracht, allerdings einen Anfangserfolg, der nur erhalten und ausgebaut werden kann, wenn die Gastwirtsgehilfen selbst fest zusammengeschlossen bleiben, ihre Organisation immer weiter ausbauen und streng darauf achten, daß jeder einzelne unter ihnen den Empfang des Trinkgeldes unbedingt ablehnt.

Was von den Unternehmerforderungen als Rest geblieben ist, ist der zehnprozentige Zuschlag zur Rechnung des Gastes, der außer dem festen Grundgehalt gezahlt wird, aber nicht unmittelbar an den bedienenden Kellner oder an anderes Bedienungspersonal, sondern in eine Sammelkasse, deren Gesamtbetrag gleichmäßig unter das Gesamtpersonal verteilt wird. Das Interesse an der Höhe der Beträge, die dieser Kasse zufließen, ist also für das gesamte Per-sonal gleich. Dadurch verliert dieser Zuschlag seine schlimme Eigenschaft des bisher üblichen Trinkgeldes: er wird nicht mehr zum Zerstörer der Solidarität der Gastwirtsangestellten. Es erscheint uns indes noch not-wendig, in genauen Ausführungsbestimmungen zu dem Schiedsspruch eine Regelung für die Verwaltung dieser Zuschlagskasse herbeizuführen. Mit alledem fällt auch der andere Nachteil, der durch Trinkgeld oder Prozentzuschlag in der bisherigen Form entsteht, nämlich, daß das alte System einen beständigen Anreiz zur Ueberschrei-tung des Achtstundentages darstellte.

Von entscheidender Wichtigkeit erscheint es uns aber, daß hiermit ein System der Entlohnung im Gastwirts-gewerbe zur Durchführung gelangt ist, das nicht organisationszerstörend wirkt, sondern die Gastwirtsangestellten fester zu-sammenschließt. Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der eine Organisation sich erst voll entwickeln kann. Wir verstehen es, wenn die Gastwirtsgehilfen, die fünf Wochen hindurch mitvoll im Kampfe gestanden haben, über den Schiedsspruch nicht gerade glücklich sind. Wir glauben aber auch, daß sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr erreichen ließ, so daß die Organisation recht hatte, wenn sie in diesem Augenblick zu der Möglichkeit griff, Frieden zu schließen. Frieden schließen aber heißt in der Gewerkschaftsbewegung, den Kampf von neuem zu organisieren. Das trifft für das Gast-wirtsgewerbe für die nächste Zeit mehr zu als für irgend-anderen anderen Beruf. Dazu aber ist notwendig, daß die Gast-wirtsangestellten dem kommenden Kampf mit Zuversicht entgegengehen. Wollen sie das, dann dürfen sie den Erfolg, den sie zweifellos erstritten haben, nicht ohne Not ver-kleinern.

Zu den Bestimmungen über die Wiederaufnahme der Arbeit muß aber mit aller Schärfe betont werden, daß es sich die Unternehmer nicht etwa einfallen lassen dürfen, aus ihnen die Möglichkeit zu Maßregelungen heranzuleiten. An dem Benehmen der Unternehmer in diesem Punkte wird sich zeigen, wieweit ihre Friedensbereitschaft und ihre Bereit-schaft zu gemeinsamer Arbeit mit der Gewerkschaft in der Zukunft aufrichtig ist oder nicht. Und schon jetzt muß

gesagt werden, daß die Solidarität der gesamten Berliner Arbeiterschaft den Gastwirtsangestellten sofort zur Seite steht, sowie das Unternehmertum im Gast-wirtsgewerbe es wagt, sich an einzelnen Personen bei der Wiedereinstellung zu rächen.

## Aufstellung des Stadthaushaltsplans 1922

Die Stadtverwaltung beginnt in diesen Tagen mit den Vor-beretzungen zur Aufstellung des neuen Haushaltsvoranschlags 1922. Zu diesem Zwecke hat der Magistrat umfangreiche Richtlinien ausgearbeitet, die vor allem den Bezirksämtern als Anhaltspunkte für die Anordnung und Bemessung der ein-zelnen Positionen zu dienen bestimmt sind. Gleichzeitig ist den Bezirksämtern aufgegeben, in der Begrenzung der jeweils anzu-fordernden Mittel, insbesondere beim Anleihebedarf, die erden-lichste Sparsamkeit abzuwalzen zu lassen.

Der Berliner Gesamthaushaltsplan 1922, der die beiden Haupt-abschnitte A. Bezirksverwaltungen und B. Zentralseverwaltungen umfaßt, gliedert sich zu A. in folgende Kapitel: 1. Grundbesitz-tum und -berechtigungen, 2. Unterricht, 3. Jugendwohlfahrts-pflege, 4. Arbeit und Gewerbe, 5. Allgemeine Wohlfahrt, 6. Kran-ken- und Gesundheitspflege, 7. Polizei, Feuerlöschwesen, Gerichte, Landesämter, Militärwesen, 8. Beleuchtung, Straßeneinigung, Park- und Friedhöfverwaltung und Beerdigungswesen, 9. Bau-wesen, 10. Volksbildung, 11. Verwaltungskosten, 12. Gemeinde-betriebe, soweit sie nicht zentral verwaltet werden, 13. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

Im Abschnitt B. sind die Kapitel 14 bis 19 wie folgt zu-sammengefaßt: 14. Verwaltungskosten, 15. Allgemeine Wohlfahrt, 16. Gemeindebetriebe, die zentral verwaltet werden, 17. Kapital- und Schuldverwaltung, 18. Verschiedene Einnahmen und Aus-gaben, 19. Steuern.

Die rechtzeitige Fertigstellung des Gesamtelts erfordert eine außerordentlich dringliche und schnelle Bearbeitung in den Bezirksämtern.

## Der besteuerte Säugling

Das Einkommensteuergesetz sieht für jedes zum Haushalt zählende minderjährige Kind einen steuerfreien Beitrag von monatlich 150 Mark vor. Leider sind die Ausführungsbestim-mungen derselben recht eigenartige Verhältnisse schafft. Ein Steuer-pflichtiger hatte am 4. 4. d. J. einen Familiennachwuchs. Als Angehöriger einer Reichsbehörde bekam er prompt seine Kinder-zulage von 100 Mark monatlich. Jedoch wurden bei dem Steuer-abzug die steuerfreien 150 Mark für das Kind nicht berücksichtigt und somit monatlich 50 Mark zu viel Steuern abgezogen. Auf Reklamation bekam der Angestellte die Antwort, daß nach den geltenden Bestimmungen für die Steuerberechnung der Fa-milienstand vom 1. April 1921 maßgebend ist und daher steuerrechtlich als kinderlos betrachtet zu behandeln sei.

Das Gesetz kann leicht so beschaffen werden, daß es dem je-weiligen Familienstand Rechnung trägt. Bis zur Kundmachung des Gesetzes ist aber allen zu raten, entweder gar keine Kinder zu ge-bären oder sich mit dem sehr teuren Spaß so einzurichten, daß der Storch nur in der letzten Woche vor dem 1. April einschlägt, denn nur dann bleibt das junge Wesen im laufenden Steuerjahr steuer-frei.

Da das Einkommensteuergesetz wegen der veranschulerten, wirt-schaftlichen Lage aller Arbeitnehmer eine Reform dringend er-forderlich macht, muß bei dieser Gelegenheit auch die Beseitigung der ungerechten Bestimmungen verlangt werden, die Familienver-änderung im Laufe des Jahres nicht berücksichtigt.

## Proletarische Feiertunden

Am Sonntag, den 20. November, vormittags 11 Uhr, finden im Großen Schauspielhaus die nächsten Feiertunden statt. Ein-trittskarten zu 4 M. sind bei den Funktionären und in folgenden Verkaufsstellen zu haben: N. Podewitz Str. 8, Restaurant Hoff-mann; N. Hufschmidtstr. 43, Expedition Rodmann; N. Tresdow-str. 36, Zigarrengeschäft Pinner, NO., Hufschmidtstr. 31, Zigarrengeschäft Schneider; D. Petersburger Str. 5, Restaurant Wittsburg; D. Komintener Str. 46, Zigarrengeschäft Dietrich; S. Wasserstr. 41, Expedition Krüger; S. Schönlein-, Ede Urbanstr., Zigarrengeschäft Rehring; W. Steinmetzstr. 28, vorn part., Expedition Döring; NW., Gohlfeldstr. 24, Restaurant Kaiser.

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fick

Copyright 1921 by Streifeln & Co. G. m. b. H., Leipzig.

„Keiner, ganz gewiß nicht,“ pflichtete Jacobi bei. „Ich bin überzeugt, daß sie alle an das Märchen von der Unab-hängigkeit ihres Blattes glauben. Sie zweifeln nicht, daß im ‚Zeit Journal‘, im ‚Zeit Wissen‘, im ‚Journal‘, im ‚Martin‘, um nur diese zu nennen, die freie Meinung zum Ausdruck kommt. Sie ahnen nicht, daß die beiden ersten Or-gane der Finanz- und Lehr geschicht sind, ihren Lesern die Großen aus den Taschen zu ziehen, und daß die zwei an-deren prächtig dazu dienen, Konzeptionen für den Kongo oder Marokko loszuwehen und für fünfhunderttausend Franken Geschäfte im Wert von vierzig Millionen zu erlangen. Was sie übrigens nicht hindert, sich als Genossen aufzuspielen, wenn es gilt, eine Anleihe unterzubringen. Wie könnte es überhaupt mit der Entzücklichkeit unserer wackeren Zeit-ungen ohne die Anleihen? Wahrhaftig, wenn man sich's überlegt, es ist toll! Bei uns steht es jeder fremden Regie-rung frei, unsere täglichen Wichtigtuereien zu bestechen, mit einem Wort, sie in der Hand zu haben. Und so kommt es, daß so viel französisches Geld sich verflüchtigt und durch bal-tanisches, portugiesisches, costaritisches, nikaraguasches erlegt wird. . . Und all diese Idioten von Lesern glauben auch weiter an die streng unparteiliche Beurteilung der aus-wärtigen Angelegenheiten.“

Walter Jacobi war ein freier, doch wohlgeordneter Geist. Die Urkunden der Zeit waren in seinem Gedächtnisse wie in einer Registratur aufbewahrt. Er fuhr fort: „Man hat ja die grundlegenden Zahlen veröffentlicht. Erinnerst du dich vielleicht, was man kurz vor dem Kriege für die türkische Anleihe bezahlt hat? Die Türkei wünschte sich Schrapnells und Kanonen, Frankreich bezahlte diese Wünsche. Und damit es an der Zahlung nicht fehle, ar-beitete die gesamte Presse vereint. Die Zeitungen schlugen in ihrem Hauptbuch die Seite Kellame auf. Und für ihre türkischen Feinde Artikel wurden sie alle von unseren künftigen Feinden geschmiert. Der ‚Martin‘ bekam 170 000 Franken, das ‚Journal‘ 282 000 Franken und so fort, jedes

Blatt nach seiner Bedeutung. Lieber Freund, so sind die Spiegel der öffentlichen Meinung. Jawohl Spiegel, aber für Blinde.“

Der Kellner brachte frisches Bier. Jacobis magere Hand umklammerte das frisch betaute Seidel; er stürzte einige Schlucke hinunter, während Kéal erwiderte:

„Etwas war mir immer unverständlich. Es gibt doch viel mehr arme Teufel als wohlhabende Bürgerleute. Wie kommt es, daß die bürgerlichen Zeitungen eine solche Auf-lage erzielen? In den armen Stadtvierteln verkauft man eine Nummer der ‚Humanité‘ neben fünfzig Nummern des ‚Journal‘. Wie erklärst du dir das?“

„Das kommt daher, daß den Franzosen ihre Vergnüg-ungen über ihre Geschäfte gehen. Die Burschen aus den Fabriken wollen sich am Klatsch über Prinzessinnen be-rauschen. Die kleinen Mädchen und die alten Bajan stürzen sich auf die Abenteuer der Gentleman-Verbrecher. Die sozialistischen Zeitungen versuchen, ihre Mitbürger zu er-ziehen. Holde Täuschung! Die Partie ist schon im Vor-hinein verloren!“

„Die Unwissenheit, in der die Leute gehalten werden, ist entsetzlich,“ seufzte Kéal.

Jacobi wies mit seinem mageren Finger auf ihn.

„Die Leute? Du selbst nicht weniger, mein Vester!“

Kéal forderte ihn mit einem belustigten Blick zu einer näheren Erklärung auf. Der andere wiederholte:

„Jawohl, du auch. Du ahnst gewiß nicht, von wem du registriert wirst; ach, hör' auf, sprich nicht vom Präsidenten der Republik, noch vom Ministerpräsidenten, noch von den Mi-nistern. Ich brauche dir nicht erst zu sagen, daß sie alle Marionetten sind. Sie heben die Arme, drehen die Köpfe, wenn die Banken an den Drähten ziehen.“

„Was,“ rief Kéal, „wir werden registriert von den . . .?“

„Von den Bankiers. Und das Wort ‚wir‘ ist nicht ganz richtig. Alle Köpfe der Welt werden heute von ihrer Finanz registriert.“

Kéal war neugierig. Genaueres über die Ansichten seines Freundes zu erfahren, und fragte:

„Welche Bankiers sind denn das bei uns?“

„Vor allen die, welche die Bank von Frankreich be-herrschen. Da gibt es fünfzehn Regenten und drei Zensoren, die den Notenumlauf regeln und den Esompten ins fen-schehen, das bedeutet, die in einer für sie nuyhrgingenden Weise die Kapitalbewegung bestimmen. Woher stammen

diese Herren? Aus den Kreisen der Eisenbahnkönige, der Kneeder, der Hüttenbesitzer, der Industrie und besonders der Finanz. Und welche Machtbefugnisse haben sie? Jede denkbare. Sie verkaufen Konzessionen, Begünstigungen, Orden. Erinnerst du dich der Spalten von Auszeichnungen beim Abgang des Herrn Fallain und bei der Ankunft seines Nachfolgers? Wenn es der Bank von Frankreich gefällt, läßt sie zu ihrem Privatgebrauch einen ganzen Schub von Rittern der Ehrenlegion vornehmen.“

„Dann ist also der Gouverneur der Bank von Frankreich einfach der Gouverneur von Frankreich?“

Walter Jacobi fuhr ruhig, ohne rechnerische Kunstgriffe fort:

„Einen Augenblick. Die Bank von Frankreich teilt ihren Einfluß mit dem Crédit Foncier. Dieses Institut besitzt in Hypotheken ein Fünftel des französischen Bodens.“

Diesmal erhob Kéal Einwände:

„Nun, nun, Alter, du übertriebst. Der Crédit Foncier hat Aktionäre, und zwar viele, vielleicht hunderttausend. Es ist ein demokratisches Institut.“

„Es denkt nicht daran. Ein feudales Institut ist es, mit etwas demokratischem Aupunkt auf der Straßenseite. Nur die zweihundert Hauptaktionäre sind scheinungsgemäß zur Wahl der Verwaltung berechtigt. Und die Verwaltungs-räte sind — gehüpft wie gesprungen — dieselben Leute wie jene der Bank von Frankreich. Alles in allem etwa zwei Duzend, die in all ihren Unternehmungen eng verbündet sind. Ihre Beschlüsse entscheiden sich jeder Aufsicht und jedem Einspruch.“

Kéal konnte sich in seiner bürgerlichen Vernunft nicht an den Gedanken gewöhnen, daß es mit seinem Vaterlande so weit gekommen war, ohne daß es den Bürgern klar wurde, wohin man sie führte:

„Wieso denn ohne Aufsicht?“

Jacobi erwiderte:

„Noch bequemer als ohne Aufsicht. Es gibt staatliche Auf-sichtsbeamte, aber in Wirklichkeit werden sie von den Banken selbst ernannt, deren Bedürfnisse sie kennen, deren Grund-sätzen sie gewonnen sind, an deren Interessen sie beteiligt sind. Aus Richtern werden Agenten gemacht. Das bedeutet Straflosigkeit unter allen Umständen.“

„Wie wenig weiß man von all diesen Dingen und wie wenig kümmert man sich um sie,“ warf Kéal ein.

(Fortsetzung folgt.)



